Orędownik Urzędowy
POWIATU PUCKIEGO

Wychodzi wedle potrzeby przynajmniej raz w tygodniu. — Przedpłata kwartalna 480 mk. niesięcznie 180 mk — Poszczególny numer 30 mk.

Ogłoszenia przyjmuje się za opłatą 60 mk. od jednołamowego wiersza drobnego druku, reklamy 90 mk. od wiersza.

Redakcja: Starostwo w Pucku. — Nakład: „Drukarnia Gdańska".

Nr. 94 ‖ Puck, sobota, dnia 9. grudnia 1922 r. ‖ Rok 36.

DZIAŁ URZĘDOWY.

721.
Przypomnienie przepisów dot. zarządów lasów prywatnych, lasów należących do gmin i zakładów publicznych.

Przypomninam, że z dniem 31. X. 1922 weszła na obszarze województw: poznańskiego i pomorskiego w życie ustawa z dnia 26. X. 22. w przedmiocie częściowej zmiany ustawy niemieckiej z dnia 14. VIII. 1876 r. dotyczącej zarządu lasów, należących do gmin i zakładów publicznych (Dz. Ustaw nr. 92 poz. 848 — ogłoszona w Orędowniku Powiatowym nr. 89 poz. 674.). — Ustawa ta rozciągnęła nadzor państwowy, istniejący dotychczas nad lasami gminnymi i lasami zakładów publicznych także na lasy prywatne.

Aby wszystkim właścicielom lasów przypomnieć odnośne przepisy, podaję poniżej całą ustawę z dnia 14. VIII. 1876. r. w dosłownem niemieckiem brzmieniu. Zaznaczam także, że kompetencje Prezesa Regencji i Naczelnego Prezesa przeszły w myśl art. 8 ustawy z dnia 1. VIII. 1919 r. (Dz. P. P. P. nr. 64 poz. 385) na Wojewodę, że 21-dniowy termin, przepisany w § 11 ustawy z dnia 14. VIII. 1876 r., został skrócony na 14 dni § 51 ustawy o ogólnej administracji kraju z dnia 30. VII. 1883 r. — zaznaczam, że do lasów prywatnych nie mają zastosowania §§ 8 i 9 ustawy z dnia 14. VII. 1876 r., że atoli paragrafy te obowiązują nadal co do lasów gmin i zakładów publicznych.

Władzom mi podległym, mianowicie pp. wójtom, sołtysom, przełożonym obszarów dworskich i Policji Państwowej polecam, aby ściśle czuwały nad przestrzeganiem tych zasad ustawowych i o każdem nadużyciu mnie doniosły.

Puck, dnia 30. XI. 22 r.

Starosta: Lipski.

Gesetz, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preussen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen. Vom 14. August 1876.

§ 1.

Die Verwaltung der Holzungen der Gemeinden, Kirchen, Pfarren, Küstereien, sonstigen geistlichen Institute, öffentlichen Schulen, höhereren Unterrichts- und Erziehungsanstalten, frommen und milden Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten unterliegt der Oberaufsicht des Staates nach Massgabe des Gesetzes.

Holzungen, welche sich in staatlicher Verwaltung befinden, werden von diesem Gesetz nicht berührt.

§ 2.

Die Benutzung und Bewirtschaftung der in § 1, Absatz 1 bezeichneten Holzungen muss sich innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit bewegen. Insbesondere darf die Erhaltung der standortsgemässen Holz- und Betriebsarten nicht durch die Nebennutzungen gefährdet werden.

Ein Betrieb, der eine im § 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1875, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften (Gesetz-Samml. S. 697), bezeichneten Gefahren herbeiführen könnte, ist unzulässig.

§ 3.

Der Bewirtschaftung der im § 1. bezeichneten Holzungen sind Betriebspläne zu Grunde zu legen, welche der Feststellung durch den Regierungs-Präsidenten bedürfen. Hierbei sind namentlich hinsichtlich der Holz- und Betriebsart, sowie der Umtriebszeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die Wünsche der Waldeigentümer zu berücksichtigen, soweit dies mit den Grundsätzen des § 2 vereinbar ist.

Die im Betriebsplan festgesetzte nachhaltige Holzabnutzung (Abnutzungssatz) ist für den jährlichen Holzeinschlag massgebend.

Wenn die Gesamtfläche des Waldbesitzes einer Gemeinde beziehungsweise öffentlichen Anstalt so gering ist, dass eine regelmässige Bewirtschaftung nur mit unverhältnismässigen Opfern Seitens des Eigentümers stattfinden kann, oder wenn die Betriebsverhältnisse so einfach sind, dass eine spezielle Nutzungsregulierung entbehrlich erscheint, so kann von der Aufstellung förmlicher Wirtschaftspläne Ab-

stand genommen werden. In solchen Fällen genügt eine kurze Darstellung der Standorts- und Betriebsverhältnisse, sowie der Angabe über den Zeitpunkt des Abtriebes und über die Art der Wiederkultur.

§ 4.

Abweichungen von dem festgestellten Betriebsplane (§ 3)

a) durch Rodungen,
b) durch den Abtrieb von Holzbeständen, sofern solcher bei Hochwaldungen für die laufende zwanzigjährige Nutzungsperiode, bei dem eingeteilten Mittel- und Niederwalde für die nächsten fünf Jahre im Betriebsplane nicht vorgesehen ist,
c) durch Holzfällungen, welche den Abnutzungssatz bei Berücksichtigung des seit Festsetzung desselben erfolgten Mehr- oder Mindereinschlages um mehr als zwanzig Prozent seines Betrages überschreiten würden.
d) durch Ueberschreiten des Abnutzungssatzes, welche innerhalb der laufenden Nutzungsperiode nicht wieder eingespart werden können,

bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidenten.

Werden Abweichungen der unter a) bis d) gedachten Art ohne Genehmigung unternommen, so kann der Regierungspräsident eine entsprechende Abänderung des Betriebsplanes, insbesondere auch den Wiederaufbau gerodeter Flächen mit Holz anordnen.

§ 5.

Die Betriebspläne sind der Revision und erneuten Feststellung zu unterziehen, wenn dies von dem Regierungspräsidenten für erforderlich erachtet oder von dem Waldeigentümer beantragt wird. Mindestens alle zehn Jahre muss eine Revision stattfinden.

§ 6.

Der Regierungspräsident kann den Zustand und die Bewirtschaftung der in § 1 Absatz 1 bezeichneten Holzungen an Ort und Stelle untersuchen lassen. Wenn die Untersuchung ergibt, dass der Betrieb den Grundsätzen des § 2 oder dem festgestellten Betriebsplan nicht entspricht, so kann der Regierungspräsident, unbeschadet der ihm nach § 10 zustehenden Befugnisse, die Einreichung jährlicher Fällungs-, Kultur- und Nebennutzungspläne anordnen. Dieselben sind nach Massgabe der §§ 2, 3 festzustellen.

§ 7.

Die Eigentümer der im § 1 bezeichneten Holzungen sind verpflichtet, für den Schutz und die Bewirtschaftung derselben durch genügend befähigte Personen ausreichende Fürsorge zu treffen.

§ 8.

Die Gemeinden sind verpflichtet, da, wo ihre Kräfte es gestatten und ein dringendes Bedürfnis der Landeskultur dazu vorliegt, unkultivierte Grundstücke, welche nach sachverständlichem Gutachten zu dauernder landwirtschaftlicher oder gewerblicher Nutzung nicht geeignet, dagegen mit Nutzen zur Holzzucht zu verwenden sind, mit Holz anzubauen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung können die Gemeinden nach Anhörung ihrer Vertreter und des Kreisausschusses durch Beschluss des Bezirksrats angehalten werden.

Gegen den Beschluss des Bezirksrats findet innerhalb einer Präklusivfrist von einundzwanzig Tagen die Beschwerde an den Provinzialrat statt.

Die Deckung und Aufforstung der Meeresdünen kann auf Grund dieses Gesetzes nicht gefordert werden.

§ 9.

In den Fällen, in welchen die Kräfte der Gemeinden es nicht gestatten, die im Interesse der Landeskultur vorzunehmenden Aufforstungen unkultivierter Grundstücke aus eigenen Mitteln durchzuführen, wird denselben aus der Staatskasse nach Massgabe der im Staatshaushalts-Etat angesetzten Mittel zu diesem Zwecke eine angemessene Beihilfe gewährt.

In allen Fällen ist den Gemeinden, welche auf Grund der im § 8 enthaltenen Verpflichtung Holzkulturen nach forstwirtschaftlichen Regeln ausführen, der zwanzigfache Betrag der auf den betreffenden Grundstücken ruhenden Jahressteuer zu den Kosten der ersten Anlage aus der Staatskasse zu überweisen.

§ 10.

Wenn ein Waldeigentümer einer ihm nach §§ 2 bis 7 dieses Gesetzes obliegenden Verpflichtung trotz geschehener Aufforderung nicht nachkommt, so ist der Regierungspräsident befugt, die zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Handlungen durch einen Dritten ausführen zu lassen, den Betrag der Kosten vorläufig zu bestimmen und im Wege der Exekution von dem Verpflichteten einzuziehen.

§ 11.

Gegen die auf Grund der §§. 2 bis 7 und §. 10 von dem Regierungspräsidenten erlassenen Verfügungen findet innerhalb einer Präklusivfrist von einundzwanzig Tagen und gegen den Bescheid des Oberpräsidenten die Klage beim Oberverwaltungsgericht statt. Die Klage kann nur darauf gestützt werden:

1. dass der angefochtene Bescheid auf der Nichtanwendung oder unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe;
2. dass die tatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche die Polizeibehörde zum Erlasse der Verfügung berechtigt haben würden;
3. auf die Behauptung, dass das Zwangsmittel nach Art und Höhe nicht gerechtfertigt oder nach Lage der Sache zur Erreichung des angeordneten Zweckes überhaupt nicht erforderlich sei.

§ 12.

Die im Staatsforstdienste angestellten Beamten sind den in Ausführung dieses Gesetzes an sie ergehenden Aufträgen des Regierungspräsidenten, des Bezirksrates und des Provinzialrats Folge zu leisten verpflichtet.

§ 13.

In der Provinz Posen tritt bis zur Einsetzung von Kreisausschüssen, Bezirksräten und eines Provinzialrates an die Stelle des Kreisausschusses der Kreistag, an die Stelle

des Bezirksrates die Bezirksregierung und an die Stelle des Provinzialrats der Oberpräsident.

Gegen die Verfügungen des Regierungspräsidenten findet die Beschwerde an den Oberpräsidenten und gegen den Bescheid die Klage dem Oberverwaltungsgericht nach Massgabe des § 11 statt.

§. 14.

Die aus der staatlichen Oberaufsicht erwachsenden Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1877 in Kraft. Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die Verordnung vom 24. Dezember 1816, soweit sie für die Provinz Sachsen gilt, sind von diesem Zeitpunkte ab aufgehoben.

§ 16.

Der Finanzminister,der Minister des Innern und der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und erlassen die dazu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

722.

Obwieszczenie starosty w przedmiocie godzin biurowych w Starostwie podczas świąt Bożego Narodzenia.

Aby pozamiejscowym urzędnikom Starostwa umożliwić wyjazd na święta do swych rodzin, zamyka się biura Starostwa w sobotę dnia 23. XII. br. o godz. 10½ rano i otwiera się w środę dnia 27. XII. br. o godz. 13-tej w południe.

W międzyczasie będzie od godziny 8-mej rano do godz. 6-tej po południu w biurze Nr. 1. dyżur celem załatwienia spraw, nie cierpiących zwłoki i to:

w piątek dnia 22. XII. br. p . Grunewald i p. Wojciechowski,

w sobotę dnia 23. XII. br. p. Suchorz i p. Boemówna,

w niedzielę dnia 24. XII. br. p. Derc i p. Kolek,

w poniedziałek dnia 25. XII. p. Feith i p. Kujatówna,

w wtorek dnia 26. XII. br. p. Miślisz i p. Biskupski,

w środę dnia 27. XII. br. p. p. Gołuchowski i p. Lewandowski.

Puck, dnia 2. grudnia 1922 r.

Starosta: Lipski.

723.

Rozporządzenie Prezesa Głównego Urzędu Likwidacyjnego

z dnia 6 listopada 1922 r.

wydane w porozumieniu z Ministrami: Spraw Wewnętrznych, Skarbu, Rolnictwa i Dóbr Państwowych oraz Sprawiedliwości do art. 8 ustawy z dnia 14 lipca 1920 roku o przelaniu praw skarbowych państw niemieckich oraz praw członków niemieckich domów panujących na Skarb Państwa Polskiego.

Na podstawie art. 8 ustawy z dnia 14 lipca 1920 r. o przelaniu praw skarbowych państw niemieckich oraz praw członków niemieckich domów panujących na Skarb Państwa Polskiego (Dz. U. R. P. No. 62, poz. 400) oraz na podstawie art. 2 ustawy z dnia 7 kwietnia 1922 r. w przedmiocie zniesienia Ministerstwa b. dzielnicy pruskiej (Dz. U. R. P. No. 30, poz. 247) i art. 2 p. 8 ustawy z dnia 16 czerwca 1922 r. (Dz. U. R. P. No. 46 poz. 388) zarządza się co następuje:

§ 1. Władzami powołanemi do odbioru przedmiotów, wymienionych w art. 8 ustawy z d. 14 lipca 1920 r. o przelaniu praw skarbowych państw niemieckich oraz praw członków niemieckich domów panujących na Skarb Państwa Polskiego (Dz. U. R. P. No. 62, poz. 400) są:

1) w powiatach wiejskich — starostowie,
2) w Poznaniu — starosta grodzki,
3) w innych powiatach miejskich — prezydenci miast, lub burmistrowie.

§ 2. Celem wykonania odbioru przedmiotów wymienionych w art. 8 ustawy z dnia 14 lipca 1920 r. władze wymienione w § 1 wezwą przez publiczne ogłoszenia wszystkie osoby oznaczone w art. 8 ustawy z dn. 14 lipca 1920 r aby w ciągu dwuch miesięcy od dnia ogłoszenia wezwania zgłosiły piśmiennie lub do protokułu za pośrednictwem miejscowej władzy policyjnej przedmioty, podlegające obowiązkowi wydania. Władze policyjne przedłożą zgłoszenia tej władzy wymienionej w § 1, w której okręgu przedmioty się znajdują.

Wezwanie winno być podane do publicznej wiadomości w brzmieniu ustalonem według załączonego wzoru przez ogłoszenia w Orędownikach powiatowych oraz przez wywieszenie publiczne.

§ 3. Zgłoszenie rzeczy ruchomych po upływie zakreślonego w wezwaniu dwumiesięcznego terminu winny władze policyjne również przyjąć i przedłożyć właściwym władzom (§ 1 ust. 1. 2. 3).

§ 4. Po upływie czasokresu dwóch miesięcy każda władza administracyjna przedkłada zgłoszenia, które do nich wpłynęły, Głównemu Urzędowi Likwidacyjnemu.

§ 5. Jeżeli Główny Urząd Likwidacyjny uznaje, że zgłoszona rzecz nie podlega obowiązkowi wydania, lub też, że z ważnych powodów nie należy jej odbierać, wydaje w porozumieniu z Ministrem Skarbu odpowiednią decyzję i zawiadamia interesowanych za pośrednictwem właściwej władzy.

§ 6. Odbiór rzeczy należy oddającemu potwierdzić.

§ 7. Jeżeli zobowiązany do oddania mimo, iż zgłosił posiadane rzeczy, niechce ich oddać, może być zarządzony w myśl art. 132 ustawy o ogólnym zarządzie kraju z dnia 30 lipca 1883 r. (Zbiór Ustaw pruskich str. 195) przymusowy odbiór rzeczy.

§ 8. Jeżeli na podstawie własnych dochodzeń lub w inny sposób dojdzie do wiadomości władzy, że ktoś posiada rzeczy podlegające obowiązkowi oddania, winna władza powołana w § 1 wezwać posiadającego tę rzecz do wydania jej, oraz zakomunikować o tem Głównemu Urzędowi Likwidacyjnemu. Jeżeli posiadający tę rzecz zgodzi się na jej wydanie, winna władza wyżej wymieniona wziąć ją w przechowanie i powiadomić o tem Główny Urząd Likwidacyjny.

§ 9. Władza w § 1 oznaczona przedstawi właściwemu sądowi wniosek o ukaranie w myśl art. 8 ustawy z dnia 14 lipca 1920 roku jeżeli posiadacz przedmiotu, podlegającego wydaniu, nie wydał tego przedmiotu lub usunął go ze swego posiadania.

Prezes Głównego Urzędu Likwidacyjnego: J. Karśnicki.

Minister Sprawiedliwości: W Makowski.

Minister Skarbu: Jastrzębski.

Minister Spraw Wewnętrznych: A. Kamieński.

Minister Rolnictwa i Dóbr Państwowych: J. Raczyński.

Powyższę ustawy podaję do ogólnej wiadomości i wykonania.

Puck, 2. XII. 22.

Lipski, starost.

724.

ODEZWA

Komitetu Obrony Przeciwgazowej.

W OBRONIE NARODU.

OBYWATELE!

Przed kilku miesiącami zabrzmiała w prasie warszawskiej pierwsza pobudka, wzywająca społeczeństwo polskie, aby z własnych ofiar zbudowało instytut naukowy, w którym myśl polska pracowałaby nad zabezpieczeniem Ojczyzny przed najniebezpieczniejszą bronią wojny współczesnej

GAZAMI TRUJĄCEMI.

Ten instytut jest koniecznością obrony narodowej. Tam ma być mózg naszej walki z potwornym zamachem na zdrowie i życie miljonów.

Niema dziś w świecie cywilizowanym państwa, któreby nie posiadało takiego warsztatu pracy chemicznej, badającego właściwości niezliczonych gazów trujących i wytwarzającego środki zaradcze dla przeciwdziałania skutkom straszliwym. Nasi najbliżsi sąsiedzi rozporządzają już olbrzymim aparatem naukowym na usługach walki gazowej. Wyprzedzili nas w organizacji i osiągnięli zastraszającą przewagę nad nami.

Społeczeństwo polskie zrozumiało już doniosłość inicjatywy podjętej.

Zrozumiało, że stoimy w obliczu wprost przeraźliwego niebezpieczeństwa.

Zrozumiało, że w razie wojny bylibyśmy prawie zupełnie bezbronni.

Zrozumiało, że całe wielotysiączne miasta mogłyby w ciągu jednej godziny zamienić się w cmentarze olbrzymie.

I zrozumiało, że wobec niesłychanie trudnych warunków, w których znajduje się Skarb Rzeczypospolitej, musi samo własną ofiarą ratować Ojczyznę i siebie.

Tak czynią wszystkie narody. W chwilach ciężkich ogół patrjotyczny nie skąpi nigdy pomocy swym rządom, aby wzmocnić siłę obronną armji i państwa.

Więc popłynęły ofiary. Ale ponieważ do końca jeszcze daleko, a cała organizacja pracy nad budową instytutu badawczego wymaga czynnej kontroli i niesłabnącej energji, okazała się potrzeba wyłonienia z szerszych kół społeczeństwa Komitetu Obywatelskiego, któryby czuwał nad rozwojem wielkiego dzieła i przystąpił niezwłocznie, choćby z niedostatecznymi jeszcze środkami do położenia fundamentów warsztatu naukowego dla obrony przeciwgazowej.

Z wiarą i miłością w służbie Ojczyzny rozpoczynamy tę pracę.

Abyśmy jednak nie ustali w drodze, odwołujemy się raz jeszcze do społeczeństwa z prośbą o dalsze ofiary.

Niech każde miasto zawiąże niezwłocznie Komitet miejscowy.

Niech każde stowarzyszenie, każda korporacja, każda instytucja finansowa i każdy dom polski składa swą ofiarę.

Niech każda rodzina, świadoma grożącego niebezpieczeństwa, wmuruje choć jedną cegiełkę do gmachu, który ma być tarczą dla państwa, tarczą dla obywateli.

Niech każda redakcja otworzy rubrykę składek.

Składajcie na Instytut Przeciwgazowy!

Składajcie! Chodzi o was, chodzi o wasze żony i dzieci, chodzi o byt lub niebyt Ojczyzny.

Wszelkie ofiary należy skierować do redakcji polskich, lub Komitetów miejscowych, a stamtąd odsyłać do Biura Komitetu Generalnego w Warszawie. Adres: Komitet Obrony Przeciwgazowej, Warszawa, ul. Ludna nr. 11. Konto P. K. O. 5595. Godziny biurowe: od 10 do 12.

Prezes Komitetu Obrony Przeciwgazowej:

Jan Zagleniczny

Vice-Prezes: Pułkownik Adolf Małyszko

Członkowie: Inż. Eugenjusz Berger, Dr. Bohdan Deryng, Kazimierz Fudakowski, Bogusław Herze, Inż. Władysław Kiślański, Inż. Eugenjusz Kwiatkowski, Dr. Zenom Martynowicz, Profesor Ignacy Mościcki, Dr, Władysław Rabski, Inż. Władysław Szajnok.

STATUT

KOMITETU OBRONY PRZECIWGAZOWEJ

zatwierdzony przez p. Ministra Spraw wewnętrznych 20-go września 1922 r. pod l. 781.

---

§ 1. Komitet Obywatelski Obrony Przeciwgazowej ma na celu wybudowanie Instytutu Badawczego Broni Chemicznej.

§ 2. Siedzibą Komitetu jest stołeczne miasto Warszawa, terenem zaś działalności wszystkie ziemie wchodzące w skład Rzeczypospolitej Polskiej z uwzględnieniem miejscowych praw i przepisów.

§ 3. Komitet zajmuje się zbieraniem składek wśród wszystkich warstw społeczeństwa na cele organizacji Instytutu Badawczego Broni Chemicznej.

§ 4. Komitet składa się z członków założycieli, którzy mają prawo kooptowania nowych członków.

§ 5. Organami Komitetu są:

a) Rada Komitetu w skład której wchodzą członkowie tak założyciele jak i kooptowani.

b) Wydział Wykonawczy w liczbie 5-ciu, wyłoniony drogą wyboru ze składu Rady.

(Dokończenie nastąpi.)

725.

Sprostowanie omyłki w taryfie opłat stemplowych od podań, załączników do podań oraz świadectw urzędowych, ogłoszonej w nr. 48 Orędownika Powiatowego.

W ogłoszeniu przepisów w przedmiocie opłat stemplowych od podań oraz od świadectw urzędowych w nr. 48 Orędownika pod poz. 373 na str. 254 i 255 zaszła o tyle omyłka, że drukarnia nie umieściła przepisów tych w całości, a mianowicie nie umieściła pozycj 15, 16 i 17 taryfy. Wobec tego ogłaszam poniżej całą taryfę tak, jak ją podaje rozporządzenie Ministra Skarbu z dnia 8. V. 22.—Dz. Ustaw R. P. nr. 38 poz. 319. —

Puck, dnia 1 XII 22 r.

Lipski, starosta.

Załącznik 1 do §§ 1 i 20 Przep. w przedm. opłat stempl. od podań oraz od świadectw urzęd. do poz. 319.

Taryfa opłat stemplowych od podań, załączników do podań, oraz od świadectw urzędowych.

Część pierwsza: Podania.

1. Pozycja	2. PRZEDMIOT	3. Wysokość opłaty marek	4. UWAGI
1	Podania o zezwolenie na nabycie nieruchomości przez obcokrajowców (ustawa z dnia 24 marca 1920 r., Dz. U. R. P. Nr. 31 poz. 178).	5.000	1. Do pozycji 1 do 8: Stawki, wymienione przy pozycjach 1 do 8, odnoszą się do pierwszego arkusza podania. Każdy arkusz następny podlega opłacie stemplowej w kwocie 50 mk. Takiej samej opłacie po 50 mk. podlega każdy arkusz drugiego i dalszych egzemplarzy podania, wniesionego w dwóch lub więcej egzemplarżach — jak również każdy arkusz odpisów podania wniesionych wraz z egzemplarzem oryginalnym. Za jeden arkusz uważa się papier, którego powierzchnia po jednej stronie nie przewyższa 1750 cm.². Niecały arkusz liczy się za cały.
2	Podania o zatwierdzenie statutu lub zmiany statutu spółki akcyjnej lub komandyto-akcyjnej.	3.000	
3	Podania: a) o zezwolenie na prowadzenie przedsiębiorstwa zarobkowego lub b) zawierające przepisane ustawą przemysłową zgłoszenie przedsiębiorstwa, do którego prowadzenia nie jest wymagane zezwolenie.	3.000	
4	Podanie o zezwolenie na urządzenie lub zmianę instalacji, potrzebnej, do wykonywania przedsiębiorstwa zarobkowego — jeśli załatwienia podania wymaga oględzin na miejscu.	3.000	2. Do pozycji 4: Przepis, zawarty w pozycji 4, nie zmienia obowiązujących przepisów, w myśl których koszty oględzin mają być zwrócone władzy państwowej.
5	Podania o zezwolenie na wykonanie poszczególnych czynności zarobkowych np. na urządzenie widowiska, koncertu, wystawy, zabawy, loterji fantowej i t. d.	500	3. Do pozycji 7: Suma opłat, należących się od określonego pod pozycją7 podania (od wszystkich arkuszy, wszystkich egzemplarzy i odpisów) wraz z opłatami od załączników do takiego podania (pozycja 9 niniejszej taryfy) nie może wynosić więcej niż czwartą część sumy spornej. Ułamek marki zaokrągla się wzwyż do pełnej marki.
6	Podania o zezwolenie na niezamykanie lokalu publicznego (restauracji i t. p.) mimo nadejścia pory, wyznaczonej zarządzeniami policyjnemi.	500	
7	Podania, któremi petent żąda zmiany decyzji, wydanej w przedmiocie daniny publicznej (podatku, opłaty, cła.)	50	
8	Podania, niewymienione pod pozycjami 1 do 7.	200	

Część druga: Załączniki do podań.

1. Pozycja	2. PRZEDMIOT	3. Wysokość opłaty marek	4. UWAGI
9	Załączniki do podań, podlegających opłacie stemplowej.	50 od każdego załącznika bez względu na ilość arkuszy,	1. Opłatę od załącznika należy uiścić bez względu na to, czy załącznik jest dokumentem oryginalnym czy odpisem oraz czy do pisma, stanowiącego załącznik, uiszczono już poprzednio jakąkolwiek opłatę skarbową. 2. Świadectwo ubóstwa, nawet w razie załączenia do podania, podlegającego opłacie stemplowej, zwolnione jest od opłaty, przewidzianej w pozycji 9.

Część trzecia: Świadectwa urzędowe.

1. Pozycja	2. PRZEDMIOT	3. Wysokość opłaty marek	4. UWAGI
10	Akt nadania obywatelstwa polskiego (art. 8 i 9 ustawy z dn. 20 stycznia 1920 r. Dz. U. R. P. Nr. 7 poz. 44, oraz art. 14 rozporządzenia z dn. 7 czerwca 1920 r. Dz. U. R. P. Nr. 52 poz. 320).	5.000	1. Do pozycji 12: Od świadectwa, zawierającego konsesję do prowadzenia domu bankowego lub kantoru wymiany, należy zamiast opłaty, wymienionej w pozycji 12 niniejszej taryfy, uiścić opłatę przewidzianą w art. 5 ustawy z dn. 23 marca 1220 r. (Dz. U. R. P. Nr. 30 poz. 175). 2. Do pozycji 13 do 15 oraz 17: Za jeden arkusz uważa się papier, którego powierzchnia po jednej stronie nie przewyższa 1750 cm.². Co do planów uważa się za jeden arkusz papier o powierzchni, nieprzewyższającej po jednej stronie 3500 cm.². Niecały arkusz liczy się za cały. Za stronicę uważa się jedną stronę papieru, którego powierzchnia po jednej stronie nie przewyższa 875 cm.². Stronicę, nie w całości zapisaną, liczy się za całą.
11	Akt zezwolenia na zmianę nazwiska (art. 1 ustawy z dn. 24 października 1919 r. Dz. U. R. P. Nr. 88 poz. 478 i § 8 rozporządzenia z dnia 16 września 1921 r., Dz. U. R. P. Nr. 92 poz. 678).	3.000	
12	Świadectwa: a) stwierdzające udzielenie do wykonywania zawodu lub b) zawierające zezwolenia, wymienione w pozycjach 3 lit. a). 5. i 6 niniejszej taryfy, wydane oprócz zawiadomienia o przychylnym załatwieniu podania.	500	
13	Duplikat (t. j. drugi lub dalszy egzemplarz dokumentu urzędowego, wydany przez ten sam urząd, od którego pochodzi egzemplarz pierwszy-równobrzmiący z egzemplarzem pierwszym i zaopatrzony w podpis równorzędny).	100 od każdej stronicy, całej lub zaczętej	
14	Odpis lub wyciąg, sporządzony przez urząd—bez względu na to, czy urząd zaświadczył zgodność z pierwopisem czy nie.	100 od każdej stronicy, całej lub zaczętej	
15	Odpis lub wyciąg, sporządzony przez stronę, a zaopatrzony przez urząd w poświadczenie zgodności z pierwopisem.	50 od każdej stronicy, całej lub zaczętej	
16	Poświadczenie własnoręczności podpisu	200 co do każdego podpisu	
17	Świadectwa, niewymienione pod pozycjami 10 do 16.	200 od arkusza pierwszego 50 od każdego arkusza następnego.	

Nakładem: „Drukarnia Gdańska". — Odpowiedzialny redaktor: Starosta.